



Prioritäten der 21. Legislaturperiode Empfehlungen für Europa

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

Prioritäten der 21. Legislaturperiode für Europa

Wettbewerbsfähigkeit ist der Schlüssel europäischer Stärke

Die Europäische Union (EU) braucht ökonomische Stärke und Wettbewerbsfähigkeit, um in den internationalen Beziehungen an Einfluss zu gewinnen. Der Rolle Deutschlands kommt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselposition zu. Die neue Bundesregierung muss sich in Europa aktiv für Reformen in unterschiedlichen Sektoren einsetzen, um eine die eigene Wettbewerbsfähigkeit wieder zu steigern.

Der Wirtschaftsrat der CDU e. V. sieht Reformen in der EU als zwingend an. Die EU ist ein global relevanter Binnenmarkt, dessen Potentiale noch zu wenig genutzt sind. Es braucht eine Fokussierung der EU auf weitere wirtschaftliche und politische Integration, um sich mit ökonomischer Stärke zwischen den USA und der VR China zu behaupten.

Konkret fordert der Wirtschaftsrat:

1. Bürokratische Hürden abbauen, um die Wirtschaft zu stärken

- **Bundesregierung muss sich frühzeitig in EU-Legislativverfahren einzubringen.** Überbordende Bürokratie ist zu einem echten Wachstums- und Innovationshemmer in der EU geworden. Wir brauchen ein Umparken in den Köpfen der Brüsseler Kommission. Es ist eine Frage der Glaubwürdigkeit, ob die EU-Politik die Deregulierung ernstnimmt. Die neue Bundesregierung hat ihren Teil an einer besseren Rechtsetzung beizutragen, indem sie
 - mit Unternehmen und Vertretern der Wirtschaft frühzeitig im Verfahren und regelmäßig das Rechtsdesign und die Anwendung des EU-Rechtsrahmen kritisch hinterfragt;
 - nationale Regelungen streicht, wenn die EU die einheitliche Regelungskompetenz für sich in Anspruch nimmt;
 - bei der Umsetzung in nationales Recht darauf achtet, dass keine Zusatzbelastungen entstehen.
- **Deregulierung in Europa fördern, Umsetzung in Deutschland verbessern.** Bürokratieabbau und die Aufgabenkritik des Staates beginnen bereits auf der europäischen Ebene. Rechtsvorschriften aus der EU sorgen ebenfalls für einen erheblichen Erfüllungsaufwand in den Mitgliedsstaaten. EU-Rechtssetzung müssen daher kritisch hinterfragt werden. EU-Rechtsakte dürfen keinen Bürokratiewucher erzeugen, die neue Bundesregierung muss sogenanntes Gold-Plating bei der Umsetzung in nationales Recht stoppen.
- **Konkrete Maßnahmen, um Regulierung zurückzufahren und wo möglich komplett zu streichen.** Das Prinzip muss sein, nur da zu regulieren, wo legislative Vorgaben zwingend notwendig sind. Die Omnibus Simplification Packages der EU-Kommission sind ein guter Start. Sie müssen nun schnell umgesetzt werden, um konkrete Entlastungen für mittelständische Unternehmen zu bewirken und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken.
- **Bessere europäische Rechtsetzung und Umsetzung im Bundeskanzleramt koordinieren.** Wie in Brüssel im Rang eines Kommissars, so sollte in der neuen Bundesregierung im Bundeskanzleramt eine verantwortliche Person den Bedarf, die Vereinfachung und die Umsetzung von (europäischer)

Regulierung steuern und koordinieren. Auch hier gilt: Deregulierung, bessere und vereinfachte Rechtsetzung ist oberste Führungsaufgabe.

2. Die europäische Außenwirtschaft durch eine gemeinsame Strategie stärken

- **Eine interessengeleitete europäische Außenwirtschaftsstrategie.** Die europäische Außenwirtschaft ist muss sich wieder an konkret definierten Interessen orientieren.
- **Klare Positionierung der EU im Wettbewerb zwischen den USA und der VR China.** Politische Entscheidungen der EU gehören klar von definierten Außenwirtschaftsinteressen abgeleitet.
- **Vertrauen in die transatlantischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen stärken.** Zwar hat die EU enge Verbindungen mit den USA, dennoch beginnen diese besonders für die USA an Bedeutung zu verlieren. Die USA hinterlassen in den internationalen Beziehungen ein Machtvakuum, das die EU füllen muss. Die EU muss sich weiterhin um gute transatlantische Beziehungen bemühen.
- **Stärkung der regelgebundenen internationalen Handelsordnung.** Die EU muss ihre Positionen in internationalen Regel- und Standardsetzern, WTO und OECD, stärken. Dafür benötigt es gemeinsam verabredete Regeln der internationalen Institutionen und nicht das Regeln des Stärkeren.
- **Reform der Verhandlungsprozesse von Handelsabkommen in der EU.** Diese müssen grundsätzlich zielorientiert auch an eigenen strategischen Interessen der Außenwirtschaft ausgestaltet werden. Handelsabkommen sind wieder auf Handelsthemen zu beschränken. Ein Überfrachten von Handelsabkommen mit politischen Zielen, wie denen der Nachhaltigkeitsanforderungen, muss aufhören.
- **Rascher Abschluss bestehender Verhandlungen zu Handelsabkommen.** Bestehende Verhandlungen zu Handelsabkommen, wie mit Indien, Indonesien, Thailand oder Malaysia, gehören schnell zu Ende gebracht. Verhandlungen zu nicht-handelsrelevanten Themen gehören beendet.

3. Keine Schuldenunion, Eurobonds ablehnen

- **Vergemeinschaftung von Schulden ist der falsche Weg.** Solides Wirtschaften ist die Grundlage der Europäischen Union. In der Architektur der Währungsunion gehören Schuldendienst und Schuldenhaften in die Verantwortung der jeweiligen Mitgliedstaaten. Eurobonds bedeuteten eine gemeinsame Haftung ohne einheitliche Haushaltspolitik, was einen „Moral Hazard“ schafft. Daher haben bisherige europäische Anleihen sich eben nicht als der erhoffte sichere Hafen erwiesen. Eine Vergemeinschaftung von Schulden untergräbt die Disziplin für Haushaltksolidierung und solides Wirtschaften einiger EU-Länder. Die EU braucht politische und wirtschaftliche Stabilität, diese kann jedoch nicht durch Schulden erkauft werden.
- **Sicherheit braucht Stabilität, keine Schuldenunion.** Sicherheit kann nicht durch eine Vergemeinschaftung von Schulden erkauft werden. Gemeinsame Schulden für Rüstung wären ein gefährlicher Dammbruch. Mehr Geld allein führt nicht automatisch zu einer effizienteren Verteidigung. Vielmehr droht eine zusätzliche Bereitstellung großer Summen kurzfristig die Preise für Rüstungsgüter weiter in die Höhe zu treiben, da die Industrie einer plötzlichen hohen Nachfrage kurzfristig gar nicht nachkommen könnte. Anstatt immer neue Schuldenmodelle zu debattieren, brauchen wir eine starke Wirtschaft und eine strategische Bündelung militärischer Fähigkeiten in der EU.

4. Europas Verteidigungsfähigkeit stärken, Verfahren vereinfachen

- **Verbesserung der Interoperabilität.** Multinationale Rüstungskooperationen müssen erleichtert und die Interoperabilität der Streitkräfte innerhalb Europas verbessert werden, um eine stärkere und

effizientere Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich zu gewährleisten. Der europäische Bedarf muss harmonisiert werden, um größere Stückzahlen zu erreichen und damit die Entwicklungskosten auf die Serie besser verteilen zu können. Systeme, die für die Verteidigung und die innere Sicherheit beschafft werden, sollten sich an gemeinsamen Grundlagen und Standards zur Digitalisierung und Interoperabilität orientieren.

- **Military Mobility gewährleisten.** Die Gewährleistung militärischer Mobilität ist für die gemeinsame europäische Verteidigungsfähigkeit kritisch. Die EU muss die Mobilität von militärischem Personal, Material und Gütern vereinfachen. Dazu ist es notwendig, dass Barrieren zwischen den Mitgliedstaaten bürokratiearm harmonisiert werden. Das Projekt zur Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich (PESCO) muss umfassend weiterverfolgt werden.

Berlin, März 2025